



Europäisches Parlament
Abgeordneter Martin Häusling

1047 Brüssel

Email: martin.haeusling@ep.europa.eu

Der Präsident

Professor Dr. Dr. Andreas Hensel
Bundesinstitut für Risikobewertung
Postfach 12 69 42
10609 Berlin
Tel. +49 30 18412-30000
Fax +49 30 18412-30099
leitung@bfr.bund.de
www.bfr.bund.de

Ihre Zeichen und Nachrichten vom

Gesch.-Z.: Bitte bei Antwort angeben

Tel.-Durchwahl/Fax

Datum

Praes-70-0201-05/012-10656832

-30000

24.07.2019

Offener Brief an Martin Häusling MdEP

Ihr Tweet – „500 € von wem? Aus der Staatskasse oder von Bayer?“

Einladung zur BfR-Verbraucherkonferenz „Genome Editing im Bereich Ernährung und menschliche Gesundheit“

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Martin Häusling,

als Politiker werden Sie Interesse an verantwortungsvoller Politik und wissenschaftsbasierten Lösungen für diejenigen Sachfragen haben, die die Menschen tatsächlich umtreiben.

Bislang gingen wir davon aus, dass ein Europaabgeordneter sich seiner Verantwortung bewusst ist, sich sachlich kundig zu machen und nachzufragen, bevor er Sachverhalte in den Sozialen Medien thematisiert. Dabei galt schon immer: Wer hier bewusst abwertend konnotiert, kontaminiert die Debatte nachhaltig. Insofern lohnt es sich immer, genau hinzuschauen, wenn Fachinformationen polemisiert und damit diskreditiert werden.

Worum geht es wirklich: Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisiert eine Verbraucherkonferenz, um ein differenziertes Meinungsbild von informierten Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Anwendung von Genome Editing, also den neuartigen, bereits jetzt weltweit eingesetzten Genschere („Genchirurgie“) in Form eines Verbrauchervotums entstehen zu lassen. Bürgerinnen und Bürgern sollen an der öffentlichen Diskussion zu einem verbraucherrelevanten und öffentlich kontrovers diskutierten Thema direkt beteiligt werden. Das BfR hat so etwas schon einmal zur Anwendung der Nanotechnologie in verbrauchernahen Produkten sehr erfolgreich durchgeführt.

Mit Verwunderung und großer Sorge haben wir deshalb Ihre Frage auf Twitter vom 19. Juli 2019 zu unserem Tweet - *Genome Editing: Wir wollen rechtzeitig sachgerecht die Bevölkerung zu Wort kommen lassen. BfR-Präsident Prof. Dr. Dr. Andreas Hensel im Interview mit dem Tagesspiegel* - gelesen.

Mit Ihrem Tweet - 500 € von wem? Aus der Staatskasse oder von Bayer? erwecken Sie bewusst den Eindruck, dass Sie die Unabhängigkeit des BfR und die Ergebnisse seiner Verbraucherkonferenz bereits vor Beginn ohne Kenntnis der Sachverhalte in Frage stellen. Ihr Tweet suggeriert, dass sich die Tagung durch Firmengelder finanzieren würde – eine völlig haltlose und unbegründete These.

Als Europaabgeordneter wissen Sie genau, dass die fachliche Unabhängigkeit des BfR politischer Wille ist und bereits bei der Gründung des BfR im Jahr 2002 durch eine rot-grüne Regierung unter der Federführung unserer damaligen Ministerin Renate Künast gesetzlich verankert wurde.

Aus Gründen der Unabhängigkeit werden keine finanziellen Mittel aus der Industrie erworben. Darauf hat das BfR bereits mehrfach hingewiesen https://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zur_sicherung_der_unabhaengigkeit_des_bundesinstituts_fuer_risikobewertung-129744.html

Auch die Bundesregierung hat sich dazu geäußert: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710373.pdf>

Vor diesem Hintergrund ist Ihre Frage nach der Art der Finanzierung einer Aufwandsentschädigung für die Teilnehmenden der BfR-Verbraucherkonferenz überflüssig. Sie dient offensichtlich nicht dem Zweck der Aufklärung. Sie schadet vielmehr in der ihr innewohnenden Polemik in erheblichem Maße dem Ziel eines öffentlichen Prozesses der Bürgerbeteiligung an einem unparteilichen Verbrauchervotum.

Das BfR als demokratisch legitimierte, wissenschaftliche Institution begrüßt öffentliche Diskussionen zur Unabhängigkeit von Gesetzesausführung und Politikberatung. Dies ist in einer Demokratie wichtig und unverzichtbar.

Es ist aber auch unsere Aufgabe, all diejenigen Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die aus persönlichem Interesse und unter doch erheblichem Zeiteinsatz an einem unabhängigen Verbrauchervotum mitarbeiten wollen und werden. Wir stehen als BfR zu unserer Verantwortung, eine differenzierte Risikokommunikation zur Anwendung der Genchirurgie durch aktive Wissensbereitstellung und Diskussionsforen erst zu ermöglichen.

Ihre Polemik ist unbegründet und behindert den nötigen fachlichen Diskurs zur Sache.

Wir laden Sie vielmehr in unser Haus ein, um sich ein Bild aus erster Hand zu machen und würden uns zudem freuen, Sie am 30. September 2019 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin zur Abschlussveranstaltung der BfR-Verbraucherkonferenz „Genome Editing im Bereich Ernährung und menschliche Gesundheit“ zu begrüßen.

Mit freundlichen Grüßen,



Andreas Hensel
